

F

Finanzmarkt-, Wirtschaftspolitik, Kapitalismuskritik

F 1 – Bundesvorstand

Systemerror – Zu Finanzmärkten, der Krise und dem Kapitalismus

Derzeit herrscht die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, weltweit brechen die Märkte ein und alle Prognosen sagen weitere Abschwünge voraus. Nach der Lehmanpleite im Oktober 2008 schien wie aus dem Nichts heraus alles zusammenzubrechen, was Marktradikale in den letzten Jahren gepredigt hatten. Die Finanzmärkte versprachen nicht unablässlich steigende Gewinne, sondern drohten die gesamte Weltwirtschaft in den Abgrund zu reißen. Nur durch bis dahin unvorstellbare Rettungsmaßnahmen der Staaten wurde der totale Finanz-Crash verhindert. Die internationalen Finanzgeschäfte erholen sich nur langsam, während die Realwirtschaft weltweit in eine der tiefsten Rezessionen der Geschichte abgleitet. Überall finden Debatten über die Ursachen und die Nötigen Konsequenzen aus der Krise statt. Dies ist die Schlüsseldiskussion der nächsten Monate und Jahre, in die wir Jusos uns einmischen.

Trotz der Entlarvung des Neoliberalismus als Weg in die größte Krise bleiben seine AnhängerInnen auf den Machtpositionen sitzen. Nach einem kurzen Schock, haben sie schnell wieder ihre alten Parolen vorgebracht und die Schuld einem Staatsversagen zugeschoben. Den Ruf nach dem Staat als Retter sehen sie nicht als Eingeständnis in das Versagen ihrer Ideologie, sondern nur als notwendigen Zwischenschritt, um anschließend wieder zu den alten Verhältnissen zurückzukehren. Sie werden um ihren Einfluss und ihre Interessen weiterhin kämpfen. Dem werden wir uns entgegenstellen.

Die Krise

Krisen sind im Kapitalismus keine Ausnahme, sondern elementarer Bestandteil der Produktionsweise und werden immer wiederkehren. Es sind Phasen, in denen die Kapitalakkumulation ins Stocken gerät und Strukturanpassungen erfolgen, bei denen sich insbesondere die Machtverhältnisse auf der Kapitaleseite verschieben. Egal, wie der Kapitalismus gestaltet ist, langfristig ist es eine Illusion, Krisen zu verhindern. Es ist richtig, für eine soziale Bewältigung von Krisen zu sorgen und sich dafür einzusetzen, dass dem Kapitalismus soziale Regeln gegeben werden. Grundsätzlich kommen wir jedoch nicht umhin, den Kapitalismus als Ganzes der Kritik zu unterziehen.

Gerade jetzt muss es darum gehen, den Kapitalismus als Herrschafts- und Unterdrückungssystem in Frage zu stellen. Das kapitalistische System ist von Menschen gemacht und kann auch von den Menschen überwunden werden. Das Potenzial emanzipatorischer Bildung und kritischer Wissenschaft muss dabei stärker in den Fokus gerückt werden. Die Möglichkeit und die Notwendigkeit sind gegeben, Alternativen zu diskutieren, neue Wege zu finden und Perspektiven des demokratischen Sozialismus zu verwirklichen!

Hierzu müssen wir uns in die konkreten sozialen Verteilungskämpfe einmischen.

Entscheidend ist es darüber hinaus, die Ursachen der gegenwärtigen Krise zu benennen. Es wird versucht, die Krise auf Gier einiger Manager und „Finanzhai“ sowie das Fehlen „ehrlicher Kaufleute“ oder auf Staatsversagen zurückzuführen. Auf Grundlage solcher Argumente wird es keine wirkungsvollen Veränderungen geben. Die Ursachen der Finanzkrise liegen in den Wirkungsweisen des Kapitalismus. Dessen aktuelle Spielregeln und die daraus resultierenden Folgen haben uns zu der heutigen Lage geführt. Durch der damit einhergehenden Deregulierung und den Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte haben sie eine so dominante Stellung in der wirtschaftlichen Basis eingenommen, dass sie gegenwärtig Krisen dieses Ausmaßes produzieren. Auch dadurch kam es zu immer krasserer Verteilungsunterschieden auf allen Ebenen. Sowohl innerhalb der Volkswirtschaften hat die Verteilung des Reichtums von den kleinen Arbeitseinkommen hin zu den großen Kapitaleinkommen stattgefunden als auch zu weiterer Kapitalkonzentration in den Industrieländern geführt. Durch die kurzfristige Renditeorientierung fanden weniger Investitionen in die Realwirtschaft, sondern profitversprechende Finanzmarktprodukte statt. Auch die internationalen Handelsbilanzdifferenzen haben die Spekulation immer weiter angeheizt. Seit den 70er Jahren müssen in allen Industrienationen wachsende Einkommensunterschiede, ein sinkender Anteil der Lohneinkünfte am Volkseinkommen, stagnierende Reallöhne und sinkende Sozialleistungen beobachtet werden.

Die Ausweitung des neoliberalen Dogmas auf alle gesellschaftlichen Bereichen, hat dazu beigetragen, dass diese Entwicklungen nicht in Frage gestellt wurden bzw. politische Alternativen diskutiert wurden. Die jetzigen Verhältnisse sind Produkt der Kräfteverhältnisse sowie der Entscheidungen politischer Akteure.

Auslöser der Finanzkrise war die US-Subprimkrise. In den USA wurden in großem Ausmaß Hypothekendarlehen an SchuldnerInnen mit geringer Bonität zum Immobilienbau oder –erwerb vergeben, oft als 100%+x Finanzierung. Dies funktionierte, so lange die Zinsen niedrig blieben und die Immobilienpreise stiegen. Mit steigenden Zinsen und den fallenden Immobilienpreisen ab Mitte 2006 wurden die Belastungen der KreditnehmerInnen größer und es kam zu einem drastischen Anstieg der Zahlungsausfälle und Zwangsversteigerungen. Die kreditvergebenden Banken haben die Kreditforderungen zur Risikodiversifikation und Befreiung von Eigenkapital für Neugeschäfte über Investmentbanken verkauft. Diese Derivate wurden von den Ratingagenturen mit AAA/AA bewertet und fanden deshalb reißenden Absatz. So wurden aus den langfristigen Risiken kurzfristig handelbare Finanzmarktprodukte. Aber vor allem wurden die Risiken intransparenter und nicht mehr abgesichert. Die Investitionen von Banken und Fonds in diesem Bereich waren nur mit geringem Eigenkapital hinterlegt und über Kredite finanziert. Im Sommer 2007 wurden diese Finanzmarktprodukte aber teilweise in den Ratings herabgestuft und verloren an Wert. Dies führte zu den ersten Problemen bei einigen Hedge-Fonds, der IKB und Sachsen LB. Im März 2008 mit dem Zusammenbruch von Bear Stears und der Verstaatlichung der US-Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac verschärfte sich die Krise weiter (in Deutschland Hypo Real Estate). Bis dahin handelte es sich nur um Fehlinvestitionen, die einzelne Banken in Liquiditäts- oder gar Solvenzprobleme geführt hatten. Erst mit dem Schock der Lehman-Pleite wurden die Finanzmärkte grundsätzlich gefährdet.

Im Investmentbereich ist es üblich gewesen, ohne großen Eigenkapitalanteil zu investieren und langfristige Risiken über kurzfristigen Handel und Wertsteigerung der Investitionen zu finanzieren. Dafür sind insbesondere kurzfristige Kredite notwendig, die sich die Banken gegenseitig gegeben haben. Diese Kredite galten als sicher, da sich die Banken untereinander vertrauten und das Kreditausfallrisiko als minimal betrachtet wurde. Mit der Lehman-Pleite war dieses Vertrauen allerdings plötzlich verschwunden und der Interbankenmarkt kam zum Erliegen. Damit waren auf einen Schlag nicht mehr nur diejenigen Institute betroffen, die in US-Immobilien-Derivate investiert hatten, sondern alle.

Die Reaktion

Der totale Zusammenbruch wurde nur durch massive Rettungspakete aller Industriestaaten sowie großer Geldspritzen und Zinssenkungen der Notenbanken verhindert. Gemeinsame Aktionen auf internationaler Ebene hat es nicht gegeben, lediglich eine Absprache über den Rahmen der nationalen Aktionen. Trotz aller Bekundungen, dass eine neue Finanzmarktarchitektur notwendig sei, sind die bisher vereinbarten Veränderungen der G20 in London hinter allen Erwartungen zurückgeblieben.

In Deutschland ist der Finanzmarktstabilisierungsfonds mit 480 Milliarden Euro für Garantieübernahmen im Innerbankenverkehr und für die Rekapitalisierung in Not geratener Banken ausgestattet. Trotzdem läuft der Interbankenmarkt nur sehr schleppend an und für viele, gerade kleinere Unternehmen, ist es schwer, an Kredite zu kommen. Durch die klar bestimmte zeitliche Begrenzung des Bankenrettungsschirms beinhaltet diese Strategie noch zahlreiche Risiken. Das Hauptproblem an der Strategie der Bundesregierung ist aber, dass nicht die Aktivierung der notwendigen Bankgeschäfte das oberste Ziel ist, sondern der Erhalt der alten Eigentümerstrukturen. Dadurch werden die Gewinne weiterhin privat eingestrichen, während die Risiken und Verluste durch die SteuerzahlerInnen getragen werden müssen. Wenn der Staat mit vielen Milliarden, wie bei der HRE oder Commerzbank, diese am Leben erhält, muss er dafür auch die Entscheidungsmacht und Beteiligung an zukünftigen Gewinnen haben. Dabei haben aber die Beispiele einiger Landesbanken gezeigt, dass es zum einen entscheidend ist, wem die Bank gehört, zu anderen welche Geschäftspolitik verordnet wird.

Die Lage in der Realwirtschaft ist ebenfalls erschreckend. Als „Exportweltmeister“ ist Deutschland von der einbrechenden Weltkonjunktur besonders betroffen. Ein erhebliches Sinken der Wirtschaftsleistung und eine Zunahme der Arbeitslosigkeit wird vorausgesagt. Es hat lange gedauert, bis die Bundesregierung reagierte und die Konjunkturprogramme 1 und 2 sind sehr widersprüchlich. Kurzfristigen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Kommunen sind der geeignete, um dem drohenden konjunkturellen Abschwung und dem damit verbundenen Arbeitsplatzverlust entgegenzuwirken. Dabei darf es aber nicht darum gehen, jetzt um jeden Preis Geld in alle möglichen Projekte Geld zu stecken. Langfristig müssen wir dafür sorgen, dass die Binnennachfrage gestärkt wird. Hierzu müssen die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgebaut und saniert werden, von denen möglichst viele Menschen profitieren. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auch auf klimaschonende Maßnahmen gelegt werden. Leider wird auch ein großer Teil der Mittel des Konjunkturpaketes in Maßnahmen gesteckt, die nicht weiter helfen. Die Mittel für die Steuersenkungen, die von CDU und CSU durchgesetzt wurden, sind nicht nur

Verschwendung, sondern werden die Möglichkeiten für einen Ausbau der Daseinsvorsorge in der Zukunft noch weiter einschränken. Dazu trägt auch die Aufnahme der Schuldenbremse im Grundgesetz bei.

Es ist aber auch klar, dass kein Konjunkturprogramm die strukturellen Probleme auf dem deutschen Binnenmarkt lösen kann. Durch stagnierende oder teilweise auch sinkende Reallöhne und dem ständig vorangetriebenen Sozialabbau wurde die Binnennachfrage immer schwächer. Dies wird gerade in der Krise besonders deutlich, in der der Exportbereich schwächelt. Deshalb ist die Erhöhungen des Kindersatzes bei Hartz IV ein richtiger Schritt, reicht aber noch lange nicht aus. Die Binnenkonjunktur muss über weitere Maßnahmen gestärkt werden.

Wir begrüßen die Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze. Insbesondere der Weg über Qualifizierungsmaßnahmen ist richtig. Mit der Ausweitung der Kurzarbeit und der Umweltprämie konnten kurzfristig weitere Massenentlassungen verhindert werden, aber diese Maßnahmen werden noch in diesem Jahr immer weniger Wirkung erzielen. Falls die erwartete Erholung der Konjunktur nicht schon 2010 eintritt, wird es spätestens Ende 2010 zu einer massiven Erhöhung der Arbeitslosigkeit kommen. Dies würde zusätzlich krisenverschärfend wirken und massive Auswirkungen gerade für diejenigen haben, die nach einjährigem Verbleib im ALG I dann auf ALG II angewiesen sind.

Die Krise wird in den nächsten Monaten und Jahren die Politik bestimmen. Immer mehr Menschen werden betroffen sein. Nun gilt es, sowohl die Folgen der Krise abzumildern, als auch strukturelle Veränderungen vorzunehmen.

Was nun?

1. Keine einzige soziale Errungenschaft ist vom Himmel gefallen, weil die ArbeitgeberInnen so wahnsinnig spendable Zeitgesellen sind. Alles musste erkämpft werden. Wenn jetzt endlich mal mehr Leute aus dieser Lethargie mit den Verhältnissen erwachen und anfangen, ihre Interessen selbst zu vertreten, ist das richtig. Sozialer Protest kann sich auch reaktionär äußern – standortnationalistisch oder rassistisch. Dagegen muss man sich offensiv zur Wehr setzen. Aber: Jetzt ist Zeit zu kämpfen. Dafür müssen wir als Linke Druck in den Parteien machen und wir müssen auf die Straße gehen. Sonst wird nach der Krise alles so weitergehen, wie bisher.

2. Als linker Jugendverband müssen wir jetzt in die Diskussion über konkrete Projekte eintreten, wie Wirtschaft Stück für Stück an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Das haben wir uns in unserer Kampagne vorgenommen. Die Diskussion mit den Gewerkschaften ist dabei für

uns von besonderer Bedeutung. Nicht nur die Frage nach alternativen Wirtschaftsformen, sondern auch von Wirtschaftsdemokratie ist zentral. Dabei denken wir zum einen in die Richtung, wie mehr Bereiche dem Markt entzogen und gesellschaftlich organisiert werden können. Zum anderen diskutieren wir über einen Ausbau der Mitbestimmung und wie die Entscheidungsgewalt über die Unternehmensstrategie in die Hände der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geholt werden kann. Auch die Frage nach einer Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik muss gestellt werden. Faktisch geht es um die Machtfrage in der Wirtschaft. Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten, primär und sekundär. Primäre Umverteilung erreichen wir durch die Orientierung am Ziel der Vollbeschäftigung sowie eine dauerhafte Steigerung der Reallöhne und der Sozialleistungen. Dies muss Grundlage politischen Handelns sein. Die Ausrichtung der Geldpolitik an Beschäftigungskriterien, der Ausbau eines Öffentlichen Beschäftigungssektors, die Rücknahme der Privatisierungen der vergangenen Jahrzehnte und eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind hier Handlungsoptionen. Zudem brauchen wir endlich eine weitreichende fiskalpolitische Umverteilung, die höhere Einkommen, Kapitaleinkünfte und nicht zuletzt Unternehmen stärker belastet. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, dass ökologische und soziale Innovationen sowie Technologien staatlich gefördert werden.

3. Es ist für uns untragbar, dass gegenwärtig die Verluste sozialisiert und die Gewinne privat eingestrichen werden. Wenn der Staat einspringt, muss das mit entsprechenden Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie einer Beteiligung am Gewinn einhergehen.

4. Angesichts der massiven Summen, die der Staat in die Banken gesteckt hat, ist es für uns unabdingbar, dass der Staat seine Handlungsfähigkeit behält. Dafür muss er die finanziellen Möglichkeiten haben. Deshalb treten wir für eine stärkere Belastung von hohen Einkommen und Vermögen ein. Dazu zählen

- die Abschaffung der Quellabgeltungssteuer und die Rückkehr zu einer synthetischen Einkommensbesteuerung
- die Einführung von Kontrollmitteilungen durch die Banken,
- die Einführung einer Börsenumsatzsteuer,
- die stärkere Besteuerung von höheren Einkommen im Rahmen der Einkommensteuer ohne dabei die Mittelschichten stärker zu belasten,
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und
- ein höheres Aufkommen aus der Erbschaftssteuer.

5. Die Konjunkturprognosen wurden noch mal krass nach unten korrigiert. Dies darf aber nicht ohne politische Reaktion bleiben. Die Regierung muss hier ihre Maßnahmen entsprechend korrigieren, ergänzen und weiter gegensteuern. Deshalb sprechen wir uns für ein Konjunkturpaket III mit kurzfristigen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Kommunen aus. Auch die Lohnpolitik muss dazu beitragen, dass die Binnenkonjunktur gestützt wird. Lohnzurückhaltung wirkt kontraproduktiv und krisenverschärfend. Dazu ist es auch notwendig, eine Re-Regulierung des Arbeitsmarktes etwa durch die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns oder die Beschränkung von Leiharbeit vorzunehmen, um den Druck auf das Lohngefüge zu vermindern. Ebenso müssen nicht nur aus konjunkturpolitischen Gründen, sondern auch weil es sozialstaatlich geboten ist, die Transfereinkommen erhöht werden.

6. Klar ist für uns, dass eine neue internationale Finanzmarktarchitektur notwendig ist. Dabei denken wir nicht nur an neue Transparenz- und Bilanzregeln, sondern insbesondere an das Verbot von bestimmten Spekulationsgeschäften, die tobin tax, das aktive Bekämpfen von Steueroasen, ein internationales Währungssystem und Regeln zur koordinierten Intervention auf den Geldmärkten.

7. Auf europäischer Ebene halten wir eine europäische Finanzmarktaufsicht für erforderlich. Diese muss gemeinsam mit einer europäischen Ratingagentur aufgrund einheitlicher Regeln über Transparenz- und Eigenkapitalvorschriften die Akteure und Finanzmarktprodukte kontrollieren und genehmigen, bevor sie auf den Markt kommen. Des Weiteren brauchen wir Mindestreserven, welche die Finanzinstitute bei der EZB hinterlegen müssen, diese sollen je nach Risiko genauso wie die Eigenkapitalquoten gestaffelt sein. Kredite sollen nicht mehr zu 100% weiterverkaufbar sein, 20% des Risikos sollen beim Aussteller bleiben. Des Weiteren muss die EZB dazu verpflichtet werden, ihr Handeln nicht nur auf Preisstabilität, sondern auch auf Wachstum und niedrige Arbeitslosigkeit auszurichten.

8. Finanzsektor teilweise verstaatlichen

Der Finanzmarkt hat eine wichtige Funktion für das Funktionieren der Wirtschaft. Investitionen, die auch für die gesamte Gesellschaft notwendig sind, können nur getätigt werden, wenn die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Diese Funktion hat der zunehmend abgekoppelte Finanzsektor in den vergangenen Jahrzehnten nicht mehr übernommen und so zur Entstehung der aktuellen Krise beigetragen. Jetzt stehen wir vor einer doppelten Herausforderung: Erstens muss das durch die Krise verloren gegangene Vertrauen zwischen den Banken wiederhergestellt werden, damit eine ausreichende Kreditversorgung wieder garantiert werden kann. Zweitens hat die Krise offene Diskussionen darüber, welche Funktion der Finanzsektor in Zukunft für Wirtschaft und Gesellschaft einnehmen soll, wieder möglich gemacht. In diese Debatten müssen wir uns jetzt entschieden einmischen und Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Kontrolle über die Finanzmärkte einbringen. Das Prinzip der gesellschaftlichen Nutzenmaximierung muss vor individuellem Profit stehen.

F 2 – LV Bayern

Der Goldrausch ist zu Ende!

Mit dem Platzen der Immobilienblase in den USA begann eine der größten Krisen des modernen Kapitalismus. Die an den Finanzmärkten weitgehend unreguliert gehandelten Finanzprodukte sind zu kaum überblickbaren Risiken geworden, die längst auch die Realwirtschaft, d.h. die Bereiche der Wirtschaft, in denen ein wirklicher Mehrwert produziert wird, beeinflussen.

Sämtliche Industrienationen stehen heute vor dem Scherbenhaufen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte: Die in den 1980er Jahren unter den Begriffen „Thatcherism“ und „Reagonomics“ eingeleiteten Wirtschaftsreformen im angelsächsischen Raum, die als deregulierende Konzepte in den neunziger Jahren von Helmut Kohl, aber teilweise auch unter Rotgrün in Deutschland umgesetzt wurden, haben Konsequenzen gezeitigt, die es nach den zugrundeliegenden Theorien nicht geben dürfte. Das freie Spiel der Finanzmärkte, in der neoklassischen Ökonomie häufig als Standardbeispiel für funktionierende Märkte verwendet, sind Auslöser der größten weltweiten Wirtschaftskrise seit dem Ende des zweiten Weltkriegs und widerlegen so eindrucksvoll die These, dass freie Märkte und das „individuelle Streben nach (materiellem) Wohlstand“ am Ende eben den größtmöglichen Wohlstand für die gesamte Gesellschaft generieren müssen.

Die politische Linke hat auch in Zeiten der Krise den wirtschaftsliberalen Heilsbringern wenig entgegenzusetzen. Zu stark hat man selber in den letzten zehn Jahren auf die Selbstheilungskräfte des Marktes gesetzt, zu sehr wurde auch in der Sozialdemokratie die Marktgläubigkeit als Monstranz vorneweg getragen. Die gesellschaftliche Linke und mit ihr die Sozialdemokratie hat, anders als Reagan, Thatcher und – mit Abstrichen – Helmut Kohl, kein Konzept für eine Reform der sogenannten sozialen Marktwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte. So folgt die Linke, allen voran die Gewerkschaften wie auch die SPD, einer pragmatischen Politik, die die Krise kurzfristig (und teuer) mit staatlichen Hilfen überbrücken will, um anschließend in ein freudiges „weiter so!“ einzustimmen.

Die bisher getroffenen Maßnahmen deuten in diese Richtung: Eine wirtschaftlich und ökologisch zumindest zweifelhafte Abwrackprämie, die Diskussion über eine Schuldenbremse im Grundgesetz, ein von der CSU durchgesetztes Steuersenkungsprogramm, der wohl kaum vermeidbare Einstieg des Staates bei Automobilkonzernen usw. Unabhängig davon, dass jede einzelne Maßnahme durchaus politisch sinnvoll sein mag, so sind die angesprochenen Maßnahmen dennoch wirtschaftlich unwirksam oder wirken in eine falsche Richtung. Auch wenn die Anerkennung der

Nachfragekomponente durch die bisher stark angebotspolitisch orientierten WirtschaftspolitikerInnen generell begrüßenswert ist, so kann die Generierung von kurzfristiger Automobilnachfrage durch die privaten Haushalte die Tatsache der bestehenden Überkapazitäten in diesem Wirtschaftssektor nicht lösen. Die Vernichtung von funktionsfähigen Wirtschaftsgütern zum Zwecke der Erzeugung neuer Nachfragen erscheint bei genauerer Betrachtung sogar pervers. Insbesondere, wenn man die Ökobilanz dieser Maßnahme in die Überlegungen einbezieht. Die von der Union als Vorbereitung zum Bundestagswahlkampf durchgesetzten Reduzierungen der Einkommensteuer in Verbindung mit der künftigen Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge dürften die Krise sogar noch verschärfen. Durch den Verlust von Einnahmen des Staates reduziert sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Dem Wirtschaftskreislauf wird Nachfrage entzogen, da durch eine Reduktion der Einkommensteuer insbesondere die BezieherInnen von höheren Einkommen profitieren, die bereits jetzt eine relativ hohe Sparquote haben. Der gewünschte Effekt ist hier eher parteipolitisch zu suchen als wirtschaftspolitisch sinnvoll.

Die aktuelle Debatte über die Einführung einer Schuldenbremse zeigt deutlich, dass der Neoliberalismus nicht tot ist. Wiederum, ähnlich wie bei den Maastricht-Kriterien, wird damit von den Marktgläubigen versucht, dem Staat Fesseln anzulegen. Man dürfe den Kindern und Kindeskindern keine Schuldenberge hinterlassen, der Staat müsse sich auf einen Nachwächterstaat zurücknehmen. Wir Jusos Bayern lehnen eine Schuldenbremse ab.

Sinnvolle Maßnahmen hätten in den vergangenen Jahren zuhauf ergriffen werden können. Alle hätten eine sinnvolle Ausweitung der Binnennachfrage, die gerade in Deutschland chronisch schwächelt, zur Konsequenz gehabt und würden nun die Folgen der Krise für Deutschland reduzieren.

Wir Jusos Bayern fordern:

- Re-Regulierung der globalen Finanzmärkte:
 - Änderungen im Bilanzrecht für mehr Transparenz aller Risiken, Verluste und Gewinne
 - Stärkere staatliche Aufsicht und Kontrolle über Rating-Agenturen, Haftung der Rating Agenturen
 - Erhöhung des Eigenkapitalanteils von Unternehmen
 - Regulierung von Hedge-Fonds und ähnlichen Produkten
 - Versorgung der Wirtschaft mit benötigten Krediten zu realistischen Zinssätzen sicher stellen

- Anbieten von fairen Konten und Krediten zu gleichen Bedingungen für Alle
 - Schaffung einer Umfassenden und gerechten Bürgerversicherung von Allen für Alle
-
- Prinzipiell ist an privaten Beteiligungen an Unternehmen nichts auszusetzen. Das Problem ist vielmehr die Absicht und die Renditeerwartung. Unter anderem können gerade junge Firmen von dieser Art der Beteiligung profitieren, wenn Ihnen von Banken kein oder nur wenig Kredit gewährt wird. Allerdings hat sich gezeigt, dass die meisten Privat-Equity-Firmen (PEF) nicht an langfristigen, strategischen Investitionen sondern an schnellem Profit interessiert sind. Private Equity kann für Unternehmen von Vorteil sein. Allerdings benötigt dieser Sektor genaue Regularien. Unter anderem dürfen PEF nur zu einem gewissen Grad Anteile an dem Unternehmen erwerben, Mindesthaltefristen der Anteile bis zu einer möglichen Veräußerung, Besteuerung der Gewinne aus dem Investment vor Ort. Zudem dürfen Kredite, die für den Anteilskauf an einem Unternehmen aufgenommen wurden, nicht auf das Unternehmen übertragen werden.
 - Es muss ein international verpflichtendes Regelwerk für die Eigenkapitalvorschriften für Banken nach dem Vorbild von Basel II unter Einschluss der USA geschaffen werden. Die Probleme auf den Finanzmärkten resultieren unter anderem auch aus der Tatsache, dass die USA Basel II bislang nicht umgesetzt haben. Ein solches weltweites Regelwerk erleichtert aber die Risikoeinschätzung aller am Markt beteiligten Teilnehmer. Gleichzeitig muss ein solches Regelwerk aber sicherstellen, dass es anders als Basel II nicht prozyklisch wirkt.
 - Alles muss in die Bilanz. In Zukunft dürfen keine Werte mehr außerhalb der Bilanz geführt werden. Bisher konnten Banken usw. Bereiche in sog. Zweckgesellschaften auslagern und diese dann nicht in die eigene Bilanz aufnehmen. Mit dieser Praktik muss Schluss sein. Wenn man etwas vor der Bilanz und somit vor Prüfungen und Investoren verstecken muss, ist das nicht nur verdächtig, sondern im hohen Maße Betrug. Und diesen gilt es dann zu bestrafen. Risiken müssen verpflichtend in einem standardisierten Schema dargelegt werden.
 - Wer einen Kredit vergibt, trägt auch das Risiko. Generell begrüßen die Jusos Bayern das Risikobegrenzungsgesetz welches im Juni 2008 im Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Allerdings ist dieses noch nicht ausreichend. Das Handeln von Krediten bedarf der vorherigen Zustimmung der Kreditnehmer. Ohne deren Zustimmung verbleibt der Kredit beim vergebenden Institut. Bei Veräußerungen von Firmenkrediten muss, ebenso wie bei Privatkrediten, ein Teil des Risikos bei dem ursprünglichen Kreditgeber in der Bilanz verbleiben. Ein Zinsaufschlag auf sog. Kreditverträge mit Abtretungsverbot ist unzulässig.
 - Leerverkäufe sind reine Spekulation und können den wahren Marktpreis vernebeln. Die Spekulation auf Aktienkurse kann dazu führen, dass auf die Aktien Druck in Form von

Behauptungen, Krisenmeldungen usw. ohne Bestand ausgeübt wird um einen entsprechenden Kurs zu bekommen. Leerverkäufe dienen keinem volkswirtschaftlichen Zweck sondern im Gegenteil führen sie dazu die realen Preise im Sinne der Angebots- und Nachfragesystematik durch Spekulation ungerechtfertigt steigen oder sinken. Sie sind deswegen zu verbieten.

- Steueroasen sind Regionen mit Gesellschaften und nicht vorhandenen Kontrollgremien die mit der Absicht, sich und seine Geschäfte vor den Kontroll- und Steuervorschriften anderer Länder zu verbergen. Einheitliche Steuersätze in den Regionen, z. B. Einheitssteuern in der EU für Kapitalerträge usw., würden zu einer Eindämmung führen. Im zweiten Schritt müssen diese Offshore-Plätze stillgelegt bzw. geächtet werden. Firmen die z. B. im Europäischen Raum u.a. mit Finanzprodukten handeln wollen, dürfen keinen Sitz auf einem dieser Offshore-Finanzplätze haben.
- Für Staatsfonds müssen die gleichen Offenlegungsregelungen gelten wie für Privat-Equity-Fonds.
- Eine massive Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland
 - Erhöhung der Reallöhne, vor allem für BezieherInnen niedriger und mittlerer Einkommen. Das schließt deutliche Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst als positives Beispiel mit ein. Außerdem muss durch eine sinnvolle Regulierung des Arbeitsmarktes ein positives Umfeld für eine Erhöhung der Reallöhne geschaffen werden.
 - Erhöhung der Hartz IV-Sätze, dazu eigenständiger Satz für Kinder und Jugendliche
 - Ausbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors
 - Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 7,50 Euro, der regelmäßig an die allgemeine Lohnentwicklung angepasst werden muss.
 - Verwirklichung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, d.h. massive Eindämmung von Leiharbeit, keine Diskriminierung, Gleichstellung der Geschlechter
 - Einführung der BürgerInnenversicherung
 - Abschaffung der Rente mit 67, des demografischen Faktors etc. Erhöhung der niedrigen und mittleren Renten
- Stärkung der Konjunktur:
 - Konjunkturprogramm III in Deutschland, dabei kann über eine Änderungen der Umsatzsteuer diskutiert werden; es darf aber keine Schnellschüsse bei der Umsatzsteuer geben, die die Ausgestaltung noch unlogischer als bisher machen
 - Abstimmung der Investitionsprogramme innerhalb der EU

- Steuern – Schuldenbremse:
 - Ablehnung der Schuldenbremse
 - Verteilung der Kosten, starke Schultern müssen mehr tragen. Deshalb Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Börsenumsatzsteuer, Tobin-Tax

- Internationale Solidarität:
 - Entwicklungs- und Schwellenländer sind besonders von der Krise betroffen, da sie nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen. Daher bedarf es einer internationalen Abstimmung der Hilfen und Reformen der Weltbank und des IWF.

Bad Banks – nur nach unseren Regeln

Bad Banks – nur nach unseren Regeln

Wir Jusos begrüßen die getroffenen Regelungen zu Bad Banks. Wichtig ist nun, eine Regelung zu finden, was bei einem Insolvenzfall einer Bank mit eigener Bad Bank und den daraus resultierenden Forderungen des Bundes wg. der dann zu leistenden Garantien und weiteren entstehenden Kosten passiert. Hierzu begrüßen wir den Vorschlag der SPD einer Einführung einer allgemeinen Restrisiko-Umlage (technisch gesehen eine Sonderabgabe) für die gesamte Finanzbranche. Auch diejenigen, die kein Gift gekauft haben, profitieren von der Hilfe, die der Bund jetzt leisten. Das schafft Vertrauen in einen ganzen Sektor der Volkswirtschaft für alle Finanzmarktteilnehmer. Und es ist Solidarität unter den Finanzwirtschaft gefragt, dass sich auch alle daran beteiligen.

Denn es ist auch weiterhin klar, dass Verluste von Kredit- und Finanzinstituten nicht sozialisiert werden.

Diese Form der Solidarität soll auch dann noch gelten, wenn die Krise bewältigt worden ist, um solidarisch evtl. Verluste des Staates durch notwendigerweise eingelöste Bürgschaften zu begleichen inkl. aller für den Staat entstandenen Kosten.